

Keine Zusammenarbeit der Universität mit Einrichtungen der Bundeswehr und Rüstungsproduktion

Die Zusammenarbeit von Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen mit militärischen Einrichtungen und rüstungsrelevanten Betrieben dient der Kriegsproduktion, der Kriegsvorbereitung und der Kriegsführung. Die Geschichte der deutschen Universitäten verpflichtet: Durch ihre Indienstnahme und ihr bereitwilliges Mittun während des Faschismus sind der Weltkrieg sowie die systematische Ausbeutung und Ermordung von Millionen von Menschen erst ermöglicht worden. Sozialer Fortschritt und Demokratisierung weltweit, die Erforschung von Friedensursachen, zivile internationale Konfliktaustragung sowie umfassende Abrüstung und Konversion sind zentrale Aufgabe auch für die Wissenschaft. Um ihr gerecht werden zu können, ist der Einfluss von Kriegsverdienern und Militär auf die Wissenschaft zurückzuweisen.

Das Studierendenparlament fordert daher:

- die Offenlegung sämtlicher Drittmittel-geförderter Projekte an der Universität Köln
- die Beendigung sämtlicher zivil-militärischer Kooperationen an der Universität Köln, also Kooperationen mit Einrichtungen der Bundeswehr sowie Betrieben, die an der Rüstungsproduktion beteiligt sind.

Das Studierendenparlament fordert den Senat der Universität Köln dazu auf, eine Selbstverpflichtung der Universität gegen jegliche Zusammenarbeit mit militärischen Einrichtungen und an Rüstungsproduktion beteiligten Betrieben zu beschließen und in ihrer Grundordnung festzuschreiben.

Außerdem fordert das Studierendenparlament die studentischen VertreterInnen im Senat dazu auf, im Sinne dieses Beschlusses Anträge im Senat zu stellen.